

deutlich vernehmbarer Kritik („prosecutor brutality“, „problems in paradise“) an allzu erfolgsorientierten und teils rücksichtslosen Methoden.

Besonders positiv fällt auf, dass Johnson den Leser mit den aufgezeigten Fakten nicht alleine lässt, sondern regelmäßig abwägend zu den einzelnen Aspekten Stellung bezieht. Die häufigen rechtsvergleichenden Einschübe beziehen sich vornehmlich auf den Vergleich Japan-USA. Als wichtige Erkenntnis dieser Rechtsvergleichung erfährt der Leser, dass Annahmen über eine allmähliche Angleichung des japanischen Rechtssystems an das (vermeintliche) anglo-amerikanische Vorbild kaum unzutreffender sein könnten. Johnson zeigt vielmehr grundlegende Unterschiede zwischen den japanischen und den westlichen Ansätzen bzgl. eines fairen Prozesses auf, die aus der Perspektive der Menschenrechte mitunter höchst kritikwürdig sind (bspw. das Recht, einen Verdächtigen 23 Tage ohne Anklage und ohne Hinzuziehung eines Rechtsbeistandes festhalten zu dürfen). Vergegenwärtigt man sich die Befugnisse der japanischen Staatsanwaltschaft, die weitestgehend einer Kontrolle durch Politik und Öffentlichkeit entzogen ist, so erscheint eine „Erfolgs“- sprich Verurteilungsquote von deutlich über 99 % wenig verwunderlich (vgl. S. 214 ff.).

Die Verknüpfung von empirischer Forschung und rechtswissenschaftlicher Analyse ist in beeindruckender Weise gelungen. Das Buch ist durchweg gut lesbar, mitunter fesselnd geschrieben (beispielsweise die Fallstudie zu Beginn des Kapitels über Corrections, S. 179 ff.). Dabei entsteht nie der Eindruck, Substantielles bliebe zugunsten der Lesbarkeit auf der Strecke. Eine stets willkommene Ergänzung bieten die regelmäßig eingestreuten Originalzitate, die oft geeignet sind, ganze Passagen treffend zu einer eingängigen Phrase zu verdichten und nicht selten dazu beitragen, den Blick des Lesers zu schärfen. Da es – wie eingangs erwähnt – an ähnlicher Literatur fehlt, ist ein direkter Vergleich mit anderen Werken schwerlich möglich. Es kann jedoch behauptet werden, dass David T. Johnson die Messlatte für vergleichbare Forschungsarbeiten hoch gelegt und eine hervorragende Grundlage für weitere Forschungen geschaffen hat.

Klaus Hoffmann-Holland, Berlin

Markus Porsche-Ludwig / Ching-peng Chu (eds.)

The Political System of Taiwan

Baden-Baden, Nomos-Verlagsgesellschaft, 2009, 286 S., € 24,00;

ISBN 978-3-8329-3863-5

Dieser Band versammelt 13 Einzelbeiträge verschiedener, meist taiwanischer Autoren zum politischen System von Taiwan, wie es sich nach den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2008 darstellt. Die Herausgeber sind beide Wissenschaftler an der National Dong Hwa University Hualien/Taiwan. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf dem Regierungssystem, den politischen Parteien sowie den Interessenverbänden auf lokaler Ebene; dazu

kommen Beiträge zur Transformation der politischen Kultur, zu Eliten und öffentlichem Dienst, zu taiwanischen indigenen Völkern sowie zur Taiwan-Frage.

Der Erscheinungszeitpunkt des Buches markiert den Abschluss einer Entwicklungsperiode des politischen Systems in Taiwan. Seit den taiwanischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom Januar und vom März 2008 liegt die politische Macht wieder in den Händen der Kuomintang (KMT), die bis 2000 Regierungspartei war und Taiwan ganz maßgeblich geprägt hat. Die Demokratische Fortschrittspartei (DPP), die zwischen den Jahren 2000 und 2008 die Regierung stellte, ist nun wieder Oppositionspartei. Dieser Machtwechsel verdeutlicht eine gewisse Reife des politischen Systems, das zunächst allein von der KMT dominiert war. Prägend für die Herrschaft der KMT war bis in die 1980er Jahre hinein das Kriegsrecht, das gemeinsam mit den 1948 verabschiedeten vorläufigen Bestimmungen für die Zeit der kommunistischen Rebellion die Verfassung der Republik China faktisch außer Kraft gesetzt hatte. In dieser Zeit waren Oppositionsparteien verboten, und regierungskritische Äußerungen wurden strafrechtlich verfolgt. Wahlen auf lokaler Ebene wurden durch die KMT manipuliert und die Amtszeiten der noch auf dem Festland gewählten Abgeordneten auf unbestimmte Zeit verlängert. Außerhalb der KMT formierte sich eine aus einheimischen Intellektuellen und Aktivisten bestehende Opposition, die im Laufe einer vorsichtigen, von der KMT gesteuerten Liberalisierung integriert wurde. Die Forderung nach politischer Partizipation verband die Opposition mit der Forderung der Emanzipation der Taiwaner, welche durch die zugewanderten und die politische Elite stellenden Festländer diskriminiert wurden. Im Jahr 1986 wurde die Gründung der DPP bekanntgegeben, ein Jahr später wurde das Kriegsrecht ausgesetzt und 1988 wurde mit Lee Tenghui der erste Taiwaner an die Spitze von Staat und Partei gestellt, der zahlreiche politische Reformen wie die Legalisierung von Oppositionsparteien durchführte. Der Demokratisierungsprozess in Taiwan verlief weitgehend gewaltlos. Er wurde durch die regierende KMT gesteuert und gleichzeitig von der selbstbewussten Opposition gestaltet und beschleunigt sowie von einer sich schnell entfaltenden Zivilgesellschaft getragen.

Der Verfassung der Republik China von 1946 steht nicht unmittelbar in der Tradition des westlichen Liberalismus, sondern beruht auf den „Drei Volksprinzipien“ Sun Yatsens, den Lehren vom Nationalismus, den Volksrechten und der Volkswohlfahrt. Die Gewaltenteilung stellt sich als eine komplexe Verschränkung von fünf Staatsämtern dar, dem Legislativamt, Exekutivamt, Justizamt sowie dem Prüfungs- und dem Kontrollamt. Bis 2005 gab es daneben noch eine Nationalversammlung. Die direkt zu wählende Nationalversammlung war kein Parlament im engeren Sinne, da sie hauptsächlich mit der Wahl des Staatsoberhauptes und der Beschlussfassung über Verfassungsänderungen befasst war. Gemeinhin wird die Verfassung als ein semi-präsidentiales System bezeichnet. Das Exekutivamt besteht aus acht Ministerien sowie weiteren Kommissionen und Behörden, deren Leiter vom Premierminister ernannt werden. Der Premierminister zusammen mit den Leitern der Kommissionen und Behörden bildet das Kabinett. Dem Legislativamt obliegt die Verabschiedung von Gesetzen und die Prüfung von Haushaltsvorlagen. Das Justizamt ist das höchste Justizorgan. Das Prüfungsamt ist zuständig für die Verwaltung der Beamtenschaft,

und das Kontrollamt ist befugt, Beamte wegen Amtsmissbrauchs zu verfolgen sowie Regierungsbehörden zu prüfen. Die Ernennung des Premierministers durch den Staatspräsidenten sowie die Ernennung der Minister durch den Premierminister bedürfen keiner parlamentarischen Zustimmung. Eine Zustimmung des Parlaments ist hingegen erforderlich für die Ernennung der Mitglieder des Kontrollamtes, des Prüfungsamtes sowie für die Ernennung der Obersten Richter des Justizamtes.

Für den rechtswissenschaftlich interessierten Leser werden vor allem der Beitrag von Jih-wen Lin zur Entwicklung des Verfassungssystems und das Kapitel von Hui-Yen Hsu über das Justizsystem von Interesse sein. Soweit sich das gemeinsam von Chin-peng Chu, Charng Kao und Markus Porsche-Ludwig verfasste Kapitel über die Taiwan-Frage mit dem Problem des völkerrechtlichen Status von Taiwan befasst, mag auch dieses den rechtswissenschaftlichen Leserkreis interessieren.

Im Beitrag zur Entwicklung des Verfassungssystems werden die unterschiedlichen parteipolitischen Positionen hinsichtlich der sieben Verfassungsänderungen zwischen 1991 und 2005 herausgearbeitet. Hierbei bieten Tabellen und Auflistungen eine wertvolle Orientierungshilfe. Da bei der Verabschiedung der Verfassung der Republik China auf dem Festland die Mitwirkung der taiwanischen Delegierten eine zu vernachlässigende Rolle gespielt hatte, stellte sich die Frage nach der demokratischen Legitimität der Verfassung, deren Wirkungsbereich sich unterdessen auf das Territorium von Taiwan beschränkt hatte. Hier entsprach es am ehesten den Interessen der DPP, die Legitimität der Verfassung anzuzweifeln. Die DPP setzte sich auch für eine Direktwahl des Staatspräsidenten ein. Der Staatspräsident wurde ursprünglich von der Nationalversammlung gewählt, die aus auf dem Festland gewählten Delegierten bestand und deshalb als Symbol für das Regime der zugewanderten politischen Elite angesehen wurde. Was das Regierungssystem anbelangte, so beabsichtigte die KMT, ein semi-präsidentiales System zu verwirklichen, das dem Staatspräsidenten weitreichende Befugnisse einräumen sollte. Die DPP hatte dagegen die Vorstellung, den Präsidenten einer verstärkten parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen. Im Hinblick auf das Wahlsystem für die Wahlen zum Legislativamt befürwortete die KMT ein Mehrheitswahlrecht, die DPP war für ein gemischtes System, das einen gewissen Anteil an Delegierten im Verhältniswahlverfahren bestimmt. Die DPP setzte sich ferner für eine Restrukturierung von Kontroll- und Prüfungsamt ein sowie für die Einführung von Volksabstimmungen.

Die Ausführungen zum Justizsystem Taiwans beginnen mit einem historischen Rückblick, der bilanziert, dass es in China bis zum Jahr 1927 keine von der Verwaltung getrennte rechtsprechende Gewalt gegeben habe. Die Verfassung der Republik China sieht eine Zuständigkeit des Justizamtes für zivil-, straf- und verwaltungsrechtliche Rechtsstreitigkeiten sowie für Disziplinarsachen vor. Darüber hinaus ist es zuständig für die Auslegung der Verfassung, die Vereinheitlichung der Gesetzesauslegung sowie für die Auflösung verfassungswidriger politischer Parteien. Obwohl die Verfassung das Justizamt als höchstes Rechtsprechungsorgan bezeichnet, ist es grundsätzlich nicht unmittelbar mit der Entscheidung von Rechtsfällen befasst. Es ist das Oberste Gericht, welches letztinstanzlich

in Zivil- und Strafsachen entscheidet und das Oberste Verwaltungsgericht in Verwaltungssachen. Das Justizamt ist überwiegend mit Angelegenheiten der Justizverwaltung befasst wie etwa der Gerichtsorganisation, Zuständigkeitsfragen, der Ernennung und Aufsicht über das Justizpersonal sowie mit Budgetfragen.

Was die Behandlung des völkerrechtlichen Status von Taiwan angeht, so wird nicht immer zwischen den folgenden Fragestellungen klar unterschieden: auf welche Weise Taiwan nach der Zession an Japan als Folge des chinesisch-japanischen Krieges im Jahr 1895 durch den Vertrag von Shimonoseki wieder an China abgetreten wurde, Fragen der völkerrechtlichen Anerkennung einer Regierung, der völkerrechtlichen Erheblichkeit der Anerkennung von Staaten, der Vertretungsbefugnis sowie des Status von Taiwan in internationalen Organisationen. Ausgangspunkt der Diskussion des völkerrechtlichen Status ist Jellineks Drei-Elemente-Lehre, wonach Taiwan an sich die Voraussetzungen für einen Staat erfülle, da es über ein Staatsgebiet, ein Staatsvolk sowie eine effektive Regierung verfüge. Die deklaratorische und die konstitutive Theorie der Anerkennung von Staaten wird diskutiert. Dabei folgen die Autoren der herrschenden Ansicht, wonach ein neuer Herrschaftsverband die Staatseigenschaft unabhängig von dem Rechtsakt der Anerkennung erwirbt. Im Anschluss daran behandeln und negieren sie die Frage, ob China unter dem Regime der „ungleichen Verträge“, durch die Republikgründung, während des Bürgerkrieges zwischen 1928 und 1937 oder durch die Gründung der Volksrepublik 1949 als Völkerrechtssubjekt untergegangen sei. Als konstituierend für Chinas Wiedererlangung der Souveränität über Taiwan wird der japanisch-chinesische Friedensvertrag von 1952 angesehen. Dann wird festgestellt, dass Taiwan trotz des verfassungsrechtlichen und außenpolitischen Wandels seit dem Ende der 1980er Jahre an dem Ein-China-Prinzip festhalte. Da auch unter dem bis 2008 regierenden DPP Präsidenten Chen Shui-bian keine formelle Unabhängigkeitserklärung von China erfolgt sei, handele es sich bei Taiwan nicht um einen Staat, sondern um einen Teil Chinas, der den Status eines stabilisierten de facto Regimes inne habe.

Das Buch bietet einen leicht zugänglichen Überblick über das politische System Taiwans. Negativ fällt allerdings ins Gewicht, dass die Beiträge in diesem Sammelband von unterschiedlicher sprachlicher und auch inhaltlicher Qualität sind. Es beeinträchtigt die Lesbarkeit dieses Buches teilweise erheblich, wenn einfache Grundsätze der englischen Grammatik nicht beachtet werden. Auch würde sich der Leser eine besser strukturierte Darstellung wünschen, bei der die einzelnen Kapitel besser aufeinander aufbauen, aufeinander abgestimmt sind und sinnvolle Querverweise enthalten. Um dem Anspruch einer auch für Studenten geeigneten Einführung besser gerecht zu werden, wäre ebenfalls eine Erläuterung von Schlagwörtern, die auf bestimmte politische Ereignisse verweisen, wünschenswert. Positiv ist zu vermerken, dass den Beiträgen eine kurze aktuelle allgemeine Bibliografie zu Taiwan angehängt ist, die eine weitere Beschäftigung mit den in diesem Buch angesprochenen Fragestellungen erleichtert.